

## **Antrag**

Fraktionen der CDU und der SPD

### **Staatliche Förderung des digitalen Kinos**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Januar 2011 in den Ausschüssen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und für Finanzen darüber zu berichten, inwieweit eine Förderung der Kinos in Sachsen-Anhalt bei der Umstellung auf digitale Filmprojektion möglich ist.

Von besonderem Interesse ist dabei die Möglichkeit der Partizipation des Landes an einer Bundesförderung, sofern die Kofinanzierung durch die Länder sichergestellt wird.

Bei einer Förderung soll das besondere Augenmerk auf die kleineren Kinos sowie die Programmkinos in Sachsen-Anhalt mit einem Jahresumsatz von maximal 260.000 Euro gelegt werden.

### **Begründung**

Durch die Einführung neuer Techniken im Bereich Film und die Veränderung der Vertriebsstrukturen im Filmverleih (Bereitstellung digitaler Filmkopien über Hochgeschwindigkeits-Datennetze) werden für die Kinos in Sachsen-Anhalt hohe Investitionskosten für die Digitalisierung ihrer Projektionstechnik erforderlich.

Damit sich insbesondere kleinere Lichtspieltheater sowie Programmkinos diese Investitionen leisten können, ist eine finanzielle Förderung unerlässlich.

Im Bundeshaushalt sind für die nächsten fünf Jahre je 4 Mio. Euro für die Kinodigitalisierung bereitgestellt worden. Ein Sperrvermerk regelt die Freigabe der Mittel nach einer Kofinanzierung bzw. Förderung der Länder sowie die Mitfinanzierung durch die Filmwirtschaft. Inzwischen gibt es bereits in einer Reihe von Ländern (Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) eine Förderung. In weiteren Bundesländern besteht eine entsprechende Absicht. In Sachsen-Anhalt ist die Situation noch ungeklärt.

Eine Beschränkung kleiner Lichtspielhäuser auf lediglich „ältere“ Spielfilme, die noch mit den klassischen Filmrollen abgespielt werden, ist nicht möglich, da dies die Existenz dieser Häuser bedrohen und ihre Wirtschaftlichkeit weiter einschränken würde.

Jürgen Scharf  
Fraktionsvorsitzender der CDU

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende der SPD

(Ausgegeben am 01.12.2010)